

Das Olympische Feuer brennt - in Tokio aber nicht bei mir

Die Olympischen Spiele in Tokio haben begonnen, und man fragt sich unwillkürlich: Warum eigentlich?

Soziale Kontakte im Olympischen Dorf sind unerwünscht, die Sportler fliegen ein, machen Wettkampf und hauen wieder ab. Es ist Coronazeit.

Vor dem Riesenstadion, in dem 900 VIPs Platz nehmen durften, demonstrierten eine Handvoll Japaner, die gar keine Lust auf so ein Olympia haben. Und zugegeben, Miesmacher gibt es immer, auch wenn Deutschland sich für internationale Sportereignisse bewirbt. irgendwo lebt immer eine Eidechse, wegen der keine Sportanlagen gebaut werden dürfen.

Aber die Spiele finden statt, irgendwie wird es funktionieren, und vielleicht kommt irgendwann sogar so etwas wie Begeisterung auf, wenn es überraschende Goldmedaillen für Deutschland gibt. Bei der EM gab es auch einen schleppenden Start, und zum Schluss saßen viele Millionen in Deutschland vor den Großbildschirmen, um allerdings Italien gegen England zu gucken.

Um 23.13 Uhr Ortszeit hat der Tenno die XXXII. Olympischen Spiele offiziell eröffnet. Japans Tennis-Star Naomi Osaka entzündete das Olympische Feuer.

Und gerade wenn man beginnt, sich doch noch irgendwie mit dem Spektakel zu arrangieren, kommt wieder Volksbelehrung. Die deutsche Beachvolleyball-Olympiasiegerin Laura Ludwig und der Wasserspringer Patrick Hausding trugen zusammen unsere Fahne ins Stadion. Eine schöne Geste, wenn sie nicht begleitet würde vom Hinweis, das sei „ein Zeichen der Gleichstellung“ und „cool“. Glauben Sie mir, ich habe nichts gegen Gleichstellung und schon gar nichts gegen Frauen. Ich habe nichts gegen Transsexuelle oder Homosexuelle. Aber ich habe etwas gegen die Politisierung des Sports, es nervt mich ohne Ende.

Wir brauchen Ihre Unterstützung! Dieser Blog wächst und wächst, wir erreichen so viele Leser wie nie zuvor, und wir würden gern noch viel mehr Aufklärungsarbeit leisten. Aber das kostet Geld. Viel Geld. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Der Sturm im Wasserglas um Philipp Amthor

Philipp Amthor von der CDU ist ein echter intellektueller wie rhetorischer Farbtupfer in seiner Bundestagsfraktion, ja eigentlich im Hohen Haus insgesamt, das nun wirklich nicht reich an Farbtupfern ist, wenn man die Bekleidung der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth einmal beiseite lässt.

Am Wochenende hat sich Amthor bei einem Pferdefestival in Mecklenburg-Vorpommern mit zwei Männern fotografieren lassen, die anscheinend Neonazis waren. Einer trug ein T-Shirt, mit dem er sich mit der immer mal wieder inhaftierten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck solidarisiert. Das Foto von den drei Herren tauchte später auf Instagram auf und wurde von Linksextremisten aus Bochum auf Twitter veröffentlicht. So weit so schlecht, wenn sich die radikalen Idioten von Links und Rechts gegenseitig hochschaukeln. Hatten wir ja schon mal – allerdings ohne Insta und Twitter vor 90 Jahren.

Allein der Gedanke, dass sich Philipp Amthor in irgendeiner Weise bewusst mit Neonazis fotografieren lassen würde, weil die quasi seine Kumpels sind und abends gern mal auf ein Bier und Grillfleisch in seinem Garten vorbeischaun, ist so grotesk, dass man sich fragt, ob die großen Mainstream-Redaktionen noch alle Latten auf dem Zaun haben, darüber groß zu berichten. Eine Zehn-Zeilen-Meldung,...ok, kann man machen. Aber dann ist auch gut. Amthor hat sich inzwischen öffentlich entschuldigt, warum auch immer.

Politiker haben ständig Kontakt mit ihren Wählern, das gehört zum Job. Vergangene Woche war ich beim Jahresempfang der CDU in Thüringen. Gastredner war Friedrich Merz, zweifellos ein Politpromi der Ersten Liga. Am Stehtisch beim anschließenden Empfang unter freiem Himmel kamen alle zwei Minuten Parteiliebhaber, auch junge Mädchen von der JU, und baten um ein gemeinsames Foto. Merz erfüllte alle diese Wünsche, lächelte geduldig zwischen ihm völlig fremden Menschen. Ob die fröhlichen jungen Mädchen vielleicht nachts Schwarze Messen feiern und Katzen quälen, das kann Merz nun wirklich nicht wissen... Und Amthor auch nicht, wenn da ein Fremder neben ihm steht.

Was anderes ist übrigens, wenn ein Politiker Kanzler werden will und zeitgleich – während neben ihm der Bundespräsident mit ernstem Gesicht über Todesopfer und zerstörte Existenzen spricht – mit anderen Parteiliebhabern herumjuxt und fröhlich lacht. Auch das kann passieren, das Netz heute ist voll von Menschen, die erzählen, wie sie mal bei einer Beerdigung gelacht haben. Die wollten allerdings alle nicht später Bundeskanzler werden...

Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

„Keine Experimente“: In der Krise wird die Union immer sexy

Im neuen „ZDF Politbarometer“ erreicht die Union wieder 30 Prozent Zustimmung, und Kanzlerkandidat Armin Laschet, einst angeblich so unbeliebt in der Bevölkerung, liegt inzwischen satte 20 Prozent vor der grünen Herausforderer*Inx Annalena Baerbock, die – so rief mir eben jemand im Vorbeigehen zu – wohl wieder ein paar Dinge nachmelden musste. Vergessen wir nicht alle manchmal etwas?

Es ist eindeutig: In der Krise vertrauen viele Bürger zuallererst der Union. Die ist nicht sexy, aber solide. Als Corona begann, schossen die Werte für CDU und CSU durch die Decke, Jens Spahn – man kann es kaum glauben – war vor eineinhalb Jahren der beliebteste Politiker in Deutschland.

Helmut Kohl war 1989 als Kanzler politisch mausetot, da verhaspelte sich Günter Schabowski bei einer Pressekonferenz in Ostberlin. Der „Mantel der Ge'chichte“ wehte und plötzlich war der Dicke der Superstar, nicht nur in Deutschland. Und jetzt Wassermassen, einstürzende Häuser, Tote in NRW und der Eifel – und wieder vertrauen die Bürger zunehmend der CDU. „Keine Experimente“ war der Slogan der Adenauer-Partei im Bundestagswahlkampf 1957, der dem Alten sogar eine absolute Mehrheit und 50,2 Prozent Zustimmung brachte.

Manche Dinge ändern sich nie. Richten Sie sich mental ab September auf einen Bundeskanzler aus Aachen ein!

Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf [PAYPAL hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Radio Wuppertal zeigt den Staatssendern, was Journalismus ist

Ob islamistischer Terroranschlag, Putsch in der Türkei oder jetzt die Jahrhundertflut in Deutschland: Die Grundversorger der öffentlich-rechtlichen Anstalten versagen auf ganzer Linie – aber auf unsere Kosten. Die BILD berichtet heute über den kleinen Lokalsender „Radio Wuppertal“, der gerade einmal zehn Angestellte hat.

Als am Mittwochabend die Sintflut über Teile des Rheinlands und des Ruhrgebiets hereinbrach, als Katastrophenalarm ausgelöst wurde und in der Stadt die Sirenen heulten, war nichts zu sehen und zu hören beim WDR mit seinen 4.200 Mitarbeitern und dem Jahresetat von 1,6 Milliarden Euro. In BILD schildert der Chefredakteur Georg Rose (60): „Am Mittwochabend gegen 20.35 Uhr bekamen wir einen Anruf von einem Mitarbeiter der Stadt Wuppertal, der uns vor einer drastischen Verschärfung der Lage

warnte.“

Daraufhin machte Rose mobil, acht Mitarbeiter starteten ab 21 Uhr aus dem Nichts eine Live-Sondersendung, berichteten, warnten, organisierten Kommunikation zu und zwischen den Menschen in Wuppertal. Beim WDR lief parallel die „ARD Popnacht“.

Engagierter Journalismus sieht anders aus. Und ja: Immer wieder stellt sich die Frage, welche Konsequenzen das wiederkehrende Versagen in den Staatssendeanstalten eigentlich hat. Und: Ob wir diese unbeweglichen Dickschiffe namens ARD und ZDF überhaupt noch brauchen in Deutschland.

Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 ! Jeder Euro hilft! Vielen Dank!

GenderGaga nun auch bei der Lufthansa: Rufen wir halt zukünftig „Hallo, Bedienung!“

Die Deutsche Lufthansa redet ihre Passagiere zukünftig nicht mehr mit „Sehr geehrte Damen und Herren“ an. Auch das englische «Ladies and Gentlemen» ist Vergangenheit. Die Regelung gilt auch für alle Airlines des Konzerns wie Austrian, Swiss, Eurowings und Brussels Airlines.

Auf Facebook las ich vorhin die schöne Idee, dass wir Passagiere dann zum Beispiel reagieren sollten, indem wir auf Flügen Stewardessen mit „Hallo, Bedienung!“ anrufen. Das wird natürlich wie immer kaum einer tun, und so setzt sich die Schwachsinnsideologie einer schrillen und lauten linken Lobby in allen Lebensbereichen durch. Weil weder die regierenden Parteien noch die großen Unternehmen, die am Tropf des Staates hängen, wagen würden, Widerstand zu leisten.

Es muss alles noch viel schlimmer werden, bis die bürgerliche Mehrheit in unserer Gesellschaft aufsteht und Schwachsinn auch öffentlich Schwachsinn nennt.

Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

10 mit Messern gegen 2 Unbewaffnete: „Personengruppen halt“

Auf der Kaiserstraße in Karlsruhe kam es am Sonntagmorgen um vier Uhr zu einem Angriff einer zehnköpfigen „Personengruppe“ auf zwei Männer. Dabei wurden Messer und ein Baseballschläger genutzt, beide Opfer versuchten getrennt wegzulaufen. Einem gelang es, der andere wurde schwer verletzt.

Die Badischen Neuesten Nachrichten berichteten über das Ereignis von einer „körperlichen Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen“. Nicht ein Wort der Beschreibung zu den Tätern. Deshalb habe ich mal nachgeschaut im Polizeibericht. Was den Lesern der BNN vorenthalten wurde, liest sich da so:

Tatverdächtiger 1: männlich, 182 cm, 20-30 Jahre alt, kräftige Statur, vermutlich Afghane, hellbrauner Vollbart, Tattoo an einem Unterarm (Tribal), blaue Basecap (Aufschrift NY), graues T-Shirt, grüne Shorts;

Tatverdächtiger 2: männlich, 186 cm, ca. 25 Jahre alt, schlanke Statur, südosteuropäisches Aussehen, weiße Basecap mit Nike-Emblem, weißes T-Shirt, schwarze, lange Jogginghose mit weißen Streifen (vermutlich ADIDAS), weiße Schuhe;

Tatverdächtiger 3: männlich, 180 cm, ca. 20 Jahre, hagere Statur, südosteuropäisches Aussehen, dunkle Haare, dunkelblaue Jacke, weißes Shirt, hellblaue lange Jeanshose, weiße Nike Air Force Schuhe.

Wenn Sie wollen, dass wir auch in Zukunft schreiben, was andere verschweigen: Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 ! Vielen Dank!

Ex Sowjetrepublik Moldau: Klare Mehrheit für den Westen

Auch die letzten früheren Sowjetrepubliken schwimmen sich frei. Und sie schwimmen nach Westen.

In Moldau war gestern Parlamentswahl, und 53 Prozent der Wähler haben für die Partei *Aktion und Solidarität* (PAS) der Präsidentin Maia Sandu gestimmt. Ihre zentrales Wahlziel heißt: Go west! Die

Mitgliedschaft in der EU. Die prorussische kommunistische Partei schaffte es noch auf 27 Prozent. Das ist zwar immer noch zu viel, aber es ist eben auch nur noch etwa ein Viertel.

Warten wir jetzt also mit einer Tüte Popcorn auf das Propagandafeuerwerk aus dem Kreml. Sicher war George Soros irgendwie schuld und die amerikanische CIA, so wie damals auf dem Maidan in Kiew, wo sie ja angeblich jedem Demonstranten 50 Dollar gezahlt haben sollen.

Ich glaube, die Menschen kommen auch ohne Handgeld darauf, dass Sozialismus und Kommunismus niemals eine Basis für ein würdevolles Leben in Freiheit sein kann.

Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 ! Jeder Euro hilft! Vielen Dank!

CDU faked Wahlplakate

Manchmal fasst man sich nur noch an den Kopf. In so einer Wahlzentrale werden zig hochbezahlte Marketingspezialisten beschäftigt, dazu teure Werbeagenturen. Und dann so ein Fehler. Die neuen Plakate der CDU zur Bundestagswahl zeigen angeblich Menschen aus dem Volk. Alte und Junge, Arbeitnehmer und auch eine Polizistin in Uniform. Doch die ist gar keine, wie findige Journalisten leicht herausfangen. Die CDU hat für ihre Kampagne einfach Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses fotografieren lassen - eine auch in Polizeiuniform. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist nun richtig sauer und mahnt, dass das Vorgehen der Partei, die Deutschland weiter regieren will, strafrechtlich relevant sein könnte.

Diese Nationalmannschaft schafft es, uns den Spaß am Fußball zu versauen

In einem Interview mit der Fachzeitschrift „Kicker“ hat Manuel Neuer, Torwart der deutschen Nationalmannschaft, angekündigt, man werde morgen wie die englische Mannschaft jüngst auch vor dem Spiel auf die Knie gehen um ein „Zeichen gegen Rassismus und für die Black-Lives-Matter-Bewegung“ zu setzen. Neuer sagte: „Grundsätzlich finden wir das sehr gut von der englischen Nationalmannschaft und von den Teams, die das in der Premier League auch machen. In der UEFA-Pressekonferenz sagte Neuer weiter:

„Bei uns ist es so, dass wir auch für Toleranz und gegen jegliche Art von Diskriminierung stehen und wir uns solidarisch zeigen mit der Nationalmannschaft von England. Deshalb werden wir das auch machen.“

Darüber habe es einen breiten Konsens in der deutschen Mannschaft gegeben. Und Bundes-Jogi legte nach: „Es ist ein tolles Zeichen. Ich finde es richtig, dass sich die Mannschaft für solche Werte stark macht und einsteht.“

Kann man machen, mich stößt die Aktion ab. Wenn überhaupt, dann geht man vor seinem Gott auf die Knie, nicht aber vor einer linksextremistischen amerikanischen Lobbyorganisation. Das Rassismus unmenschlich und zu verurteilen ist, ist für zivilisierte Menschen ohnehin doch gar keine Frage.

Aber die Politisierung des Lieblingssports der Deutschen ist ekelhaft, erst mit dem Regenbogen-Beleuchtungs-Schwachsinn, jetzt vor Black Lives Matters. Es ist widerlich, wie sich Sportler bei einem internationalen Sport-Großereignis dem politischen Mainstream anbieten. Das hatten wir doch früher schon mal, auch in Deutschland.

Als vor dem EM-Spiel zwischen Belgien und Russland die Belgier demütig auf die Knie sanken, quittierten das die Stadionbesucher in St. Petersburg mit einem gellenden Pfeifkonzert. Absolut zu recht.

Was Deutschland braucht, ist Widerspruch! Massiven Widerspruch. Bitte helfen Sie uns, dem Medien-Mainstream etwas entgegenzusetzen und spenden Sie auf PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 für meine und unsere publizistische Arbeit hier! Jeder Euro hilft! Vielen Dank!

Jetzt gleich zieht uns der Bundestag über den Tisch

Der Deutsche Bundestag wird gleich um 21.30 Uhr eine halbe Stunde über das Stiftungsrecht in Deutschland diskutieren und das dann beschließen. Mancher Abgeordnete wird dann schon müde sein, die Hauptstadtjournaliste wird bei irgendwelchen hippen Szene-Italienern sitzen. Und niemand schaut mehr genau hin.

Doch das, was da beschlossen werden soll und vermutlich wird ist eine Frechheit den Bürgern gegenüber. Denn dem Entwurf wurde im Huckepack-Verfahren ein weiterer Artikel angehängt. Wenn das beschlossen wird, können zukünftig grundrechtseinschränkende Pandemie-Maßnahmen von der sogenannten „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ abgeschnitten werden – das heißt: Grundrechtseinschränkungen auch ohne die Ausrufung einer solchen Sondersituation.

So sollen die im Infektionsschutzgesetz geregelten Bestimmungen zur Einreise ohne, dass eine besondere Notlage vom Bundestag festgestellt wurde, erhalten werden können.

Konkret: In den Absätzen 8 und 10 des Paragraphen 36 des Infektionsschutzgesetzes steht, dass für „Personen, die in die Bundesrepublik Deutschland einreisen wollen oder eingereist sind und bei denen die Möglichkeit besteht, dass sie einem erhöhten Infektionsrisiko“ für das Coronavirus ausgesetzt waren, Quarantänepflicht sowie die Übermittlung von personenbezogenen Daten an das Robert-Koch-Institut verpflichtend ist. Bei einer Einreise muss ein Impfpass oder einer negativer Test vorgelegt werden.

Mit der Novellierung des Stiftungsrechtes gleich wird automatisch auch das Infektionsschutzgesetz so geändert, dass „die Geltung einer Rechtsverordnung zur Regelung der Einreise aus Risikogebieten auf bis zu ein Jahr nach Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite verlängert werden kann“, wie es in der Beschlussempfehlung für den Bundestag heißt, die vom Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz formuliert wurde. Betroffen von dieser Änderung sind dann die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung.

Grundrechtseinschränkungen werden durchgewunken unter dem Deckmantel der Vereinheitlichung des Stiftungsrechtes. Das ist Realpolitik in Zeiten der Bundeskanzlerin Angela Merkel.